

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

in **Karlsruhe**, Wattstr. 1.

Die Ges. teilte im Jan. 1930 ihren Gläubigern mit, dass sie nach bald hundertjährigem Bestehen sich gezwungen sehe, mit dem 11./1. 1930 ihre Zahlungen einzustellen u. ein aussergerichtliches Arrangement mit ihren Gläubigern anzustreben. Die Zahlungseinstell. wurde damit begründet, dass Vorstand u. Aufsichtsrat trotz monatelanger intensivster Bemühungen keinen Erfolg bei dem Versuche der Arbeitsbeschaff. u. finanziellen Sanierung hatten. Die entstandenen Schwierigkeiten sind in der allgemeinen Wirtschaftslage begründet u. diese sei in der Südwestecke Deutschlands besonders schlimm. Die Maschinenbauges. stellt ihren Gläubigern ihr gesamtes Vermögen zur Verfügung. — Der Jan. 1930 nachgesuchte aussergerichtl. Vergleich wurde Juli 1930 wieder aufgehoben. — Der Gen.-Vers. v. 24./3. 1930 wurde Mitteil. nach § 240 HGB. gemacht. Der Geschäftsbericht für 1929 teilt mit, dass die Bemühungen, die Grundlage für eine günstige Weiterentwicklung zu schaffen, ohne Erfolg geblieben seien. Einschliesslich eines neuen Verlustes für 1929 in Höhe von RM. 974 000 ergibt sich nunmehr ein Gesamtfehlbetrag von RM. 1 490 000. Der Verkauf der Maschinen u. Einrichtungen einschliesslich der Materialbestände an die Stahl- u. Eisen-G. m. b. H. in Bremen ergab RM. 900 000. — Die G.-V. v. 27./11. 1930 genehmigte den Abschluss für 1929 u. beschloss, den Verlust von M. 1 480 000 auf neue Rechnung vorzutragen. Nach dem Bericht des Aufsichtsrates wurden die Bemühungen, das Werk zu erhalten oder zu verkaufen, auch im Laufe dieses Jahres fortgesetzt, jedoch bisher ohne Erfolg. In Durchführung des Vergleiches vom Juli 1930 sind inzwischen die Gläubiger mit Forderungen bis zu RM. 300 voll befriedigt worden. Ebenso ist eine Quote bis zu 5% auf die anerkannten Forderungen zur Ausschüttung gelangt. Die Bemühungen, das Gelände ganz oder teilweise zu veräußern, werden fortgesetzt, doch ist dazu zuzeit wenig Aussicht vorhanden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert, so dass mit dem Verlust des ganzen Aktienkapitals gerechnet werden muss. Lt. Geschäftsbericht für 1930 wird eine weitere Befriedigung der nichtvorrechtigten Gläubiger von der Verwendungsmöglichkeit der Immobilien abhängen, da sonstige Aktiva nicht mehr vorhanden sind. Der Grundbesitz konnte noch nicht abgestossen werden.

Gegründet: 22./7. 1852; eingetr. 30./7. 1852.

Zweck: Anfertigung u. Verwert. von Masch. jeder Art u. and. in das Fach der Ges. einschlag. Gegenständen; Eisen- und Metallgiesserei. Dampfhammerbetrieb, Kesselschmiede.

Anfang 1929 wurde die Lokomotivbauquote der Ges. an die Hohenzollern A.-G. für Lokomotivbau in Düsseldorf (unter Genehmigung der badischen Regierung) abgetreten. Vertraglich ist vorgesehen, dass Karlsruhe für die abgegebene Quote von Hohenzollern Gegenaufträge anderer Art erhalten soll.

Besitztum: Der in Karlsruhe, Wattstr. 1, geleg. Grundbes. umfasst ca. 121 553 qm, wovon ca. 48 000 qm bebaut sind. Er hat Gleisanschluss an den in nächster Nähe liegenden Güterbahnhof u. Rheinhafen. An massiven Geb. besitzt die Fabrik: 1 Wohnhaus in der Stadt, 1 Beamtenwohnhaus, 3 Verwalt.-Geb., 1 Arb.-Speisehaus, 1 Masch.- u. Kesselhaus, 6 grosse Hallengeb. sowie eine grosse Anzahl Holz- u. Backsteinschuppen.

Beteiligungen: Die Ges. besitzt sämtl. Anteile der Motor-Lokomotiv-Verkaufs-Ges. m. b. H. „Baden“ in Karlsruhe (Kap. RM. 600).

Kapital: RM. 2 782 000 in 27 400 St.-Akt. zu RM. 100 u. 3000 Vorz.-Akt. zu RM. 14. — **Vorkriegskapital:** M. 3 000 000.

Urspr. A.-K. fl. 450 000 (südd. Währung), wurde das A.-K. bis 1911 erhöht auf M. 3 000 000. Weitere Erhöh. 1918—1923 auf M. 140 000 000 in 137 000 St.-Akt. u. 3000 Vorz.-Akt. zu M. 1000 (über Kapitalsbeweg. s. Hdb. d. Dt. A.-G. Jahrg. 1927). Lt. a.o. G.-V. v. 25./11. 1924 Umstell. von M. 140 000 000 auf RM. 6 892 000 (St.-Akt. 20:1, Vorz.-Akt. 500:7) in 137 000 St.-Akt. zu RM. 50 u. 3000 Vorz.-Akt. zu RM. 14. Die G.-V. v. 27./7. 1927 beschloss Herabsetz. des St.-A.-K. von RM. 6 850 000 auf RM. 2 740 000 durch Zusleg. von je 5 Akt. zu RM. 50 zu einer neuen Aktie zu RM. 100. Der dadurch entstandene Buchgewinn diente zur Deckung des Verlustes, zur Bildung eines gesetzl. R.-F., zu Abschr. u. Rückst. Ferner wurde das St.-Recht der Vorz.-Akt. auf 8 St. ermässigt.

Geschäftsjahr: Kalenderj. **Gen.-Vers.:** 1931 am 11./12.

Stimmrecht: 1 St.-Aktie 1 St. u. 1 Vorz.-Aktie 8 St. in best. Fällen.

Gewinn-Verteilung: 5% zum R.-F., vertr. Tant. an Vorst. u. Beamte, 7% Div. an Vorz.-Akt., 4% Div., 10% Tant. an A.-R. (ausserdem jedes Mitgl. eine feste Vergüt. von M. 3000), Rest zur Verf. der G.-V.

Bilanz am 31. Dez. 1930: Aktiva: Grundst. 542 094, Gebäude 1 747 758, Modelle 5000, Vorräte 30 000, Kassa 208, Beteil. 1, Debit. 16 904, (Bürgschaften 6039), Verlustvortrag 1 488 654, Verlust 1930 464 480. — Passiva: A.-K. 2 782 000, Bankschuld 368 995, Kredit. 1144 104, (Bürgschaften 6039). — Sa. RM. 4 295 099.

Gewinn- u. Verlust-Konto: Debet: Verlustvortrag aus 1929 1 488 654, Unk. u. Verlust in 1930 738 480. — Kredit: Auflös. des R.-F. 274 000, Verlustvortrag auf neue Rechnung 1 953 134. Sa. RM. 2 227 134.

Kurs: In Frankf. a. M.: Ende 1913: 155%; Ende 1925—1927: 26,75, 48, 17%. Amtl. Notiz in Berlin, Frankfurt a. M. u. Mannheim 1928 eingestellt.